



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

PRESSEINFORMATION

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 386/2021 · Co

23.03.2021

Städtetag: Öffnungskonzepte sind weiter nötig

Stuttgart. Der Städtetag Baden-Württemberg plädiert für ein Konzept von „Nachverfolgen, Testen und Öffnen“, das in Projekten erprobt werden sollte. Außerdem schlägt der Verband eine Teststrategie mit drei Säulen vor.

Die Inzidenzwerte steigen, Lockerungen werden rückgängig gemacht, die „Notbremse“ wird gezogen – dadurch steigen bei den Städten die Befürchtungen, dass Einzelhandel und Gastronomie in weiten Teilen nicht überleben und die Innenstädte langfristig geschädigt werden.

„Mobilitätsreduktion kann nach Monaten nur die Strategie einer kurzfristigen Bremse sein. Handel, Kultur und Gastronomie können nicht dauerhaft die Last der Pandemie alleine tragen.“, erklärt der Präsident des Baden-Württembergischen Städtetags, Peter Kurz. „Öffnungen im Einzelhandel sollten bei gesicherter Nachverfolgung und guten Hygienekonzepten ermöglicht werden“.

Gudrun Heute-Bluhm, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags: „Erstens ist dort durch Maske, Abstand und Frequenzbeschränkung sicheres Einkaufen möglich, was auch nicht bestritten wird. Zweitens ist es unlogisch, die „gefährlicheren“ Bereiche des täglichen Einkaufs schrankenlos offen zu halten und in Fläche und Frequenz viel „entspanntere“ andere Teilbranchen nicht zu öffnen. Regelmäßige Testungen der Belegschaft müssen mit zu den Öffnungsvoraussetzungen gehören, sind aber auch ausreichend.“

Von einem solchen Konzept im Rahmen eines für alle Kreise unter gleichen Bedingungen zugänglichen Versuchs erhofft sich der Städtetag Baden-Württemberg die Erkenntnis, ob dies als Basis für weitere Öffnungsschritte funktionieren kann, gleichzeitig gebe es ein Stück Handlungsfähigkeit zurück.

Teststrategie mit drei Säulen

Der Städtetag schlägt drei Säulen beim Testen vor, unterstützt durch die Möglichkeiten der Digitalisierung:

- Zugangstests in Testzentren
- Regelmäßige Tests in Schulen und Kitas
- Regelmäßige Gruppentestungen in Unternehmen

In Testzentren würden demnach primär Zugangstests organisiert in Form der vom Bund finanzierten Bürgertestungen. Diese gelten und nützen nur für einen Tag und nur für die getestete Person. Diese Art des Testens kann als Zugangstest für Restaurants, Hotels und Veranstaltungen dienen und sollte darauf ausgerichtet werden. Allein trage diese Säule keine Öffnungsstrategie.

Entscheidend seien die weiteren Säulen, so Gudrun Heute-Bluhm weiter. In Kitas und Schulen sei das Testen eine wichtige Überwachungsmaßnahme. Seit dem Testgipfel hat sich der Städtetag hier der Argumentation des Robert-Koch-Instituts angeschlossen und plädiert für die regelmäßige, vollständige Testung von Schülerinnen und Schülern, der Kinder in Betreuungseinrichtungen über ihre Eltern sowie des Personals in Kitas und Schulen. Nur durch mindestens zwei Tests in der Woche könne einigermaßen zuverlässig eine neue Infektion erkannt und die Entstehung großer Cluster verhindert werden.

„Mit dieser Forderung haben wir uns beim Land durchgesetzt. Es finanziert inzwischen über die Vorgaben des Bundes hinaus die Testung zweimal wöchentlich in den Schulen. Viele Kommunen setzen das inzwischen so um mit den sogenannten angeleiteten Selbsttests“, berichtet Heute-Bluhm. Angemahnt hat der Städtetag, dass auch der Sinn dieser Maßnahme noch besser kommuniziert werden müsse, sowohl öffentlich als auch gegenüber der Lehrerschaft.

Möglich sei dies nicht nur in kleinen sondern auch in großen Kommunen, wie Beispiele aus Ulm und Mannheim zeigten, die seit längerem regelmäßig in den Einrichtungen testen. Es komme nicht wesentlich auf die Struktur der Kommune

an, wenn es nur darum gehe, die vom Land finanzierten Selbsttests in die Schule zu liefern, gemeinsam mit der Blaulichtfamilie die Lehrerschaft zu schulen und der Lehrerschaft ansonsten die Überwachung der Testung im Unterricht zu überlassen.

Gudrun Heute-Bluhm begrüßt daher den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, „die Testungen im Bildungsbereich weiter auszubauen auf mindestens zwei Tests pro Woche, um hier einen besseren Infektionsschutz zu erreichen und Ketten frühzeitig zu unterbrechen. Genau diesen Punkt haben wir bereits vor einigen Wochen gefordert.“

– In Österreich sind Tests in den Schulen verpflichtend. „Wenn das nicht durchsetzbar ist, was wir angesichts der Bedeutung für die Verhinderung von Ausbrüchen bedauern, muss man es attraktiv gestalten“, fordert Gudrun Heute-Bluhm und schlägt vor, „dass die Tests durch die digitale Erfassung für den jeweiligen Tag auch als Zugangstest fungieren können, indem das negative Testergebnis durch einen QR-Code bestätigt wird. Die Software hierfür gibt es schon von mehreren Anbietern. Sie ist sofort einsetzbar und auch übertragbar auf die kontrollierten Gruppentestungen. Ein Mehrwert durch Verbindung in die Gesundheitsverwaltung würde entstehen, wenn Bund oder Land Schnittstellen bereitstellen und die allgemeine Verwendung unterstützen.“

– In Österreich testen auch die Unternehmen: Die flächendeckende Gruppentestung in Unternehmen sei ebenfalls eine wichtige Säule, so der Städtetag. Große Betriebe tragen erheblich zum aktuellen Infektionsgeschehen bei, weil die erste Infektion dort in Bereichen auftrat, wo die Menschen nicht im Homeoffice arbeiten können und vielleicht nicht mit Maske arbeiten wollen. Ähnlich wie in Schulen und Kitas gehe es hier um definierte Gruppen, die zweimal wöchentlich zu testen seien.

– „Die IHKs könnten unter der Obhut des Wirtschaftsministeriums eine leicht zugängliche Beschaffungsplattform für Unternehmen etablieren, die angesichts der geringen Stückkosten für einen Test genügend Anreiz bieten sollte, dass sich die Unternehmen selbst schützen.“

Kleinere Betriebe könnten nach Ansicht des Städtetags durch Testcenter unterstützt werden, wenn die Kosten im Rahmen der Bürgertestung vom Bund übernommen werden. Für die Beschäftigten müssten zwei Tests pro Woche gewährleistet sein.

Modellprojekte

Auch Modellprojekte wie seien ein richtiger ergänzender Weg. „Tübingen ist für uns ein Signal: Wir brauchen solche Projekte, um die positive Wirkung von Tests zu prüfen und zu zeigen. Es taugt für Gastronomie und Veranstaltungen, weniger für den Handel. Wir freuen uns, dass auch die jüngste Runde der Ministerpräsidenten das so freigegeben hat.“

Durch das Damoklesschwert „Notbremse“ werden es aktuell keine großen Projekte sein, wohl aber Einzelfälle, die dann ausgerollt und verallgemeinert werden könnten.

Diese Vorgehensweise ermögliche es zum Beispiel, in der Kultur und insbesondere für Kinder und Jugendliche sichere Veranstaltungen anzubieten oder selbstorganisiert zuzulassen, worauf diese sehnsüchtig warten und zum Teil auch angewiesen seien.

Im Rahmen dieser Projekte könnte der flächendeckende Einsatz von Testnachweis-Apps getestet werden.